

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderäte Maximilian Krauss, MA (FPÖ) und Stefan Berger (FPÖ) zu Post Nr. 1 der Tagesordnung (Generaldebatte) für den Gemeinderat am 27.11.2023 - 28.11.2023.

Freiwillige Sozialleistungen des Landes für Jihadisten, Rückkehrer („Gefährder“) und Islamisten streichen

Neben staatlichen, gesetzlich geregelten Kernaufgaben im Bereich der Sozialhilfe, die teilweise auch gemeinsam mit dem Bund geleistet werden, gewährt Wien freiwillige Sozialleistungen. Denkt man in erster Linie an die Wohn- bzw. Mietbeihilfe, so sind unter anderem auch der Mobilpass, die Rundfunkgebührenbefreiung oder der Behindertenzuschuss zu nennen.

Alle diese Leistungen fließen auch an Nichtstaatsbürger, wiewohl es der freien Entscheidung Wiens obliegen würde, sie nur Österreichern zu gewähren. Stattdessen bietet man Zuwanderern die Möglichkeit, es sich in der sozialen Hängematte gemütlich zu machen und Fördergelder in Millionenhöhe in Anspruch zu nehmen, was in direkter Folge eine nachhaltige Finanzierung des heimischen Sozialgefüges mittelfristig zum Scheitern verurteilt. So sind bei vielen Beihilfen Ausländer als Bezieher überdurchschnittlich repräsentiert, was eine enorme Belastung für das Sozialsystem, in das die Österreicher horrenden Summen einzahlen müssen, darstellt.

In Anbetracht der undifferenzierten Massenzuwanderung, dem Zuzug radikaler Personen islamischen Glaubens, dem Ausnützen von Fluchtrouten durch Terroristen und dem unverhohlenen Anwerben von Kämpfern durch Hassprediger erscheint die Bereitstellung der sozialen Hängematte in einem völlig neuen Licht. Eine klassische Unterwanderung des Sozialsystems müsste selbst bei Toleranzromantikern die Alarmglocken schrillen lassen. Dem nicht genug, erhalten Familienangehörige, die den „heroischen Opferkampf“ ihrer Männer in Syrien und in Gaza als heldenhaftes Fanal sehen, staatliche Leistungen.

Welchem Grundsatz entspricht es, rückkehrenden Jihadisten Geldgeschenke wie jene der Mindestsicherung zu machen, und welchem Rechtsverständnis entspringt es, Familienangehörigen, die das Töten (durch ihre Verwandten) billigen, im Todesfall den Bezug staatlicher Leistungen zu ermöglichen? Während jede heimische Familie bei einer Lebensversicherung leer ausgeht, sofern der

Versicherte sein Ableben zumindest fahrlässig herbeigeführt hat, sollen Hinterbliebene von Jihadisten, die zum Teil hinter dem Vorhaben des Gefallenen stehen, auch noch belohnt werden. Hier muss ein für alle Mal klargestellt werden, dass der österreichische Rechtsstaat nur hinter tatsächlich Bedürftigen und nicht hinter Terroristen sowie deren Anhängern steht.

Faktum ist und bleibt: Es wäre absolut fahrlässig, extremistische Moslems – dem BVT sind immerhin weit über 2.000 Islamisten bekannt – und Jihad-Rückkehrer, die eine massive Gefahr für die heimische Bevölkerung darstellen, auch noch mit Steuergeld auszustatten und damit ungewollt der Terrorismusfinanzierung Vorschub zu leisten. Die Terroranschläge von Wien zeigten auf schreckliche Art und Weise auf, wohin ein sozialromantischer Zugang der Regierenden führt: Subventioniert mit 917 Euro netto an Mindestsicherung und einer Gemeindewohnung konnte sich der IS-Islamist in aller Ruhe und wohlgebettet in der sozialen Hängematte auf seine Terroranschläge vorbereiten und diese wahrscheinlich auch dementsprechend finanzieren.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

Beschlussantrag

Der Wiener Gemeinderat fordert

1. die Bundesregierung im Speziellen den Bundesminister für Inneres auf, im Rahmen der Amtshilfe die Daten sämtlicher sich in Wien aufhaltigen Jihadisten, Rückkehrer („Gefährder“) und Islamisten zur Verfügung zu stellen,

2. die Bundesregierung auf, dem Nationalrat eine Gesetzesnovelle zur Beschlussfassung vorzulegen, um Rückkehrern bzw. den Angehörigen getöteter Jihadisten den Bezug der Sozialhilfe (Mindestsicherung bzw. „Sozialhilfe NEU“) und der Witwen- und Waisenpension zu verunmöglichen und

3. in weiterer Folge sämtliche von der Stadt Wien freiwillig gewährten Förderungen und Beihilfen für Jihadisten, Rückkehrer („Gefährder“) und Islamisten zu streichen

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

